



DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Konstanz

 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
Kreistagsfraktion im Landkreis Konstanz

Herrn
Landrat
Zeno Danner
Landratsamt Konstanz
Benediktinerplatz 1
D-78467 Konstanz

Konstanz 17.11.2019

Sehr geehrter Herr Landrat Danner,

die Kreistagsfraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN, SPD und Die Linke bitten das Thema:

Sicherer Hafen Landkreis Konstanz

auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 09.12.2019 zusetzen.

Begründung:

Auf dem Mittelmeer spielen sich täglich dramatische Szenen ab. Viele der Flüchtlingsboote, die sich auf den Weg nach Europa machen kommen dort nie an und die Menschen sind meist spurlos verschwunden.

Die Europäische Union hat sich aus der Rettung dieser Flüchtlinge zurückgezogen und die private Seenotrettung hat Schwierigkeiten einen sicheren Hafen anzulaufen, bzw. wird juristisch verfolgt. Deswegen haben sich mittlerweile 115 Kommunen (Städte, Gemeinden und Landkreise innerhalb Deutschlands zu sogenannten „Sicheren Häfen“ erklärt (Stand 06.11.2019). Dies bedeutet, dass sich diese Städte, bzw. Kreise bereit erklären aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen.

Wir meinen:

Der Landkreis Konstanz sollte sich – wie viele andere Kommunen zuvor – zu einem sicheren Hafen erklären und so ein Zeichen der Solidarität setzen.

Der Kreistag des Landkreises Konstanz möge deswegen beschließen:

- 1. Der Landkreis Konstanz unterzeichnet die „Potsdamer Erklärung“.**
- 2. Der Landkreis Konstanz tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.**
- 3. Der Landkreis Konstanz positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung und übernimmt die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich an einer solchen Patenschaft.**

4. Aufnahme zusätzlich zur Verteilungsquote

Der Landkreis Konstanz stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen sicher. Er erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsschiff (ähnlich eines Relocation-Programms) direkt aufzunehmen und unterzubringen. Hierzu wird vom Landkreis Konstanz auf ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Land Baden-Württemberg hingewirkt.

5. Aufnahmeprogramme unterstützen

Der Landkreis Konstanz setzt sich gegenüber dem Land Baden-Württemberg und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein:

- Der Landkreis Konstanz fordert die Landesregierung auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Abs. 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- Der Landkreis Konstanz fordert die Regierung des Landes Baden-Württemberg und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Abs. 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren.
- Der Landkreis Konstanz erklärt sich dem Land Baden-Württemberg und der Bundesregierung gegenüber bereit, nach Absprache zwischen den Behörden zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen. Er appelliert an die Kommunen im Landkreis, sich zusätzlichen Aufnahmen im Sinne dieses Antrags zu öffnen.

6. Kommunales Ankommen gewährleisten

Der Landkreis Konstanz sorgt mit den aufnehmenden Kommunen für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung gestellt werden.

7. Transparenz

Der Landkreis Konstanz veröffentlicht alle unternommenen Handlungen zur Umsetzung dieses Antrages.

Der Landkreis Konstanz nimmt immer wieder mit großer Betroffenheit vom Schicksal der sogenannten „Bootsflüchtlinge“, Menschen die bei der ihrer Flucht in Seenot geraten, Kenntnis. Er unterstützt daher das Anliegen der Aktion „Seebrücke“ (Siehe Anlage). Für ein Europa des 21. Jahrhunderts sind solche Tragödien nicht hinzunehmen. Gemeinsam mit den vielen anderen Gemeinden, Städten und Kreisen, welche die „Seebrücke“ bereits unterstützen, setzen wir damit ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den in Not befindlichen Menschen und unterstützen dieses humanitäre Hilfsangebot.

Der Kreistag Konstanz appelliert an die Bundesregierung, Fluchtursachen konsequent zu bekämpfen, eine gerechte und effektive Entwicklungshilfepolitik auszubauen, ein faires Einwanderungsgesetz auszuarbeiten, sowie Integrationsmaßnahmen weiterzuentwickeln und Arbeitsmarktchancen zu schaffen.

Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.

Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Kreistag vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

Der Kreistag des Landkreises Konstanz sieht sich in der Verantwortung, dem Beispiel anderer Kommunen zu folgen. Die Aufnahme der geretteten Menschen muss durch einen gerechten Verteilerschlüssel geregelt werden. Um unabhängig von der Aufnahmefähigkeit des Landkreises eine aktive Rolle als „sicherer Hafen“ einnehmen zu können, übernimmt der Landkreis Konstanz die Patenschaft für ein Rettungsschiff.

Der Kreistag des Landkreises Konstanz fordert die Vertreterinnen und Vertreter in Bundestag und Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Link zu „Sichere Häfen“

<https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>



Saskia Frank &
Dr. Christiane Kreitmeier

Bündnis90/DieGrünen
Fraktionssprecherinnen



Sibylle Röth

Die Linke
Fraktionssprecherin



Ralf Baumert
Zahide Sarikas

SPD
Fraktionssprecher